



Niederschrift

3. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss
5. November 2024, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Erste Bürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz

Punkt 5 der Tagesordnung: Bundesprogramm „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“

Vorlage: 2024/0926

Beschluss:

Kenntnisnahme im Rahmen der Vorberatung für den Gemeinderat

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 5 zur Behandlung auf, es handle sich um eine Vorberatung für den Gemeinderat.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) bittet um einen Zwischenstand der aktuellen Entwicklungen, auch was aus den Ideen aus dem Ausschuss für öffentliche Einrichtungen geworden sei.

Frau Fath (GBA) antwortet, in der Zwischenzeit habe ein Gespräch mit dem Fördermittelgeber stattgefunden. Den Vertreterinnen und Vertretern des Bundesministeriums habe man die Fläche Hildapromenade gezeigt. Im Anschluss habe man den Fördermittelantrag durchgesprochen. Es habe sich gezeigt, dass die Anforderungen des Fördermittelgebers sehr hoch seien. Man müsse Bauvorlagen für das Projekt erstellen. Auch habe man darüber gesprochen, was förderfähig sei und was nicht. Es habe sich herausgestellt, dass die reine Sanierung von Brunnenanlagen nicht zuwendungsfähig sei. Aber beispielsweise die Installation von Trinkwasserbrunnen sei möglich. Das Ganze ziehe sich noch bis 2028. Jetzt müsse man die Hausaufgaben, die man aus diesem Termin bekommen habe, erledigen. Wenn es etwas zu berichten gebe, werde man dies tun.

Die Vorsitzende ergänzt, die Anforderungen seien immer sehr hoch und mit viel Arbeit verbunden bei diesen Förderanträgen. Letztendlich gehe es auch darum, die Grundlage zu schaffen, dass man mit Eigenmitteln entsprechend kofinanziert zur Verfügung stehe. Das sei Ziel der Beschlussvorlage.

Stadtrat Dr. Huber (SPD) stellt fest, diese 520.000 Euro werden auf vier Jahre gestreckt, also 130.000 Euro pro Jahr und sollen aus dem Budget der Klimaanpassung kommen, für die man 1 Mio. Euro pro Haushaltsjahr im laufenden Doppelhaushalt zur Verfügung gestellt habe. Wie wolle man das in den nächsten Doppelhaushalten machen? Man stelle den Hitzeaktionsplan auf, man werde sicherlich viele Maßnahmen darin identifizieren, die man in den nächsten Jahren abbilden solle. Blockiere man jetzt von den 1 Mio. Euro die 130.000 Euro für die nächsten vier Haushaltsjahre oder komme das on top?

Bürgermeisterin Lisbach antwortet, man habe eine Deckungsfähigkeit vorgesehen zwischen den Klimaschutz- und den Klimaanpassungsmitteln. Insofern ergebe sich normalerweise ein gewisser Spielraum. Das Geld, das man zur Kofinanzierung brauche, müsse man beibringen. Es gehe um eine große Förderung. Es handle sich um eine wertvolle Grünanlage, die man jetzt aufwerte und klimagerecht umgestalte. Insofern bekomme man die Kofinanzierung auf jeden Fall hin. Die Klimaanpassung werde sicher einen Beitrag dazu leisten können.

Im Übrigen handle es sich um 2 Mio. Euro jährlich – 1 Mio. Euro investiv, 1 Mio. Euro Ergebnishaushalt. Die Klimaanpassung koste Unsummen, da Vieles auch aus dem laufenden Haushalt finanziert werden müsse, was Klimaanpassung angehe. Im Haushaltsentwurf werde man einen Vorschlag unterbreiten. Sie gehe davon aus, dass dieser in der Größenordnung der letzten beiden Jahre liege.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) merkt an, wenn noch so viel Arbeit geleistet werden müsse, damit man diese Zuschüsse bekomme, dann koste diese Arbeit auch Geld. Was bleibe dann am Ende von dem Zuschuss übrig? Sei es wirklich sinnvoll, ein Projekt, das so viel Aufwand bedeute, voranzutreiben? Wäre es nicht besser, dass sich die Stadt selbst überlege, welche Maßnahmen für die Stadt am Besten wären, unabhängig von irgendeiner Förderung und diese Maßnahmen dann ergreife? Letztendlich mache man diese Maßnahme, weil es dafür Zuschüsse gebe. Eventuell seien andere Maßnahmen sinnvoller. Wenn man schaue, wie viel Geld noch übrig bleibe, wenn man alle Erfordernisse abgearbeitet habe, dann sei es vielleicht nicht mehr so viel.

Bürgermeisterin Lisbach entgegnet, grundsätzlich strebe man als Stadt an, möglichst viel von Förderprogrammen zu profitieren. Es sei jedes Mal eine Einzelabwägung, ob es sich lohne, Arbeit in einen Förderantrag zu stecken. Es sei laufendes Geschäft der Verwaltung. Der Gemeinderat könne sich sicher sein, dass jedes Mal sehr gründlich geprüft werde, um welche Beträge es gehe, wie viel Arbeit es auf der anderen Seite sei, an diese Gelder heranzukommen. In diesem Fall sei die Abwägung klar zu Gunsten der Förderung ausgegangen. Man habe schon einmal erfolgreich an dem Programm teilgenommen. Auch da habe man es geschafft, es dann so flexibel zu handhaben mit der Förderung, dass man am Ende eine große Fördersumme ausschöpfen konnte. Man gehe davon aus, dass es auch dieses Mal wieder gelinge.

Die Vorsitzende ergänzt, in dem Rahmen sei es gut angelegtes Ressourcenpotential.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt sie die erfolgte Vorberatung fest.

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
8. November 2024